

# Die SPD nach der Bundestagswahl von 2009

Herbert Bruhn<sup>1</sup> (Hamburg)  
Verfasst zum Jahresbeginn 2010  
mit einer Ergänzung  
nach den Wahlen zur Hamburgischen Bürgerschaft  
zum Beginn des Jahres 2011

## Wir haben da ein Problem

Die SPD hat trotz guter Darstellung in den Medien, guter Interviews führender Politiker und mit erkennbaren Erfolgen in der Innen- und Außenpolitik keinen Erfolg bei den Wählern und Wählerinnen verzeichnen können. Im Gegenteil: Die SPD hat in der Wahl im September 2009 noch weniger Stimmen erhalten, als nach den letzten Umfragen zu erwarten gewesen wären.

### Vertrauensverlust

Der niedrige Prozentanteil an den Zweitstimmen ist noch nicht einmal das Schlimmste am Ergebnis der Wahl. Besonders besorgniserregend ist die extrem hohe Zahl der Nichtwähler, die selbst angegeben haben, früher die SPD gewählt zu haben oder mit der SPD sympathisiert zu haben.<sup>2</sup>

Dies könnte man nun darauf zurückführen, dass dem Klischee nach die SPD-Anhänger als Arbeiter ein geringeres Verständnis für politische Zusammenhänge entwickeln. Tatsächlich ist allgemein bekannt, dass Wähler mit geringerem Bildungsniveau nicht an der demokratischen Meinungsbildung teilnehmen<sup>3</sup> und oft auf ihre Wahlrechte verzichten. Dies müsste sich allerdings auf alle Parteien gleichermaßen auswirken, außer man traut den Untersuchungen, die auf ein generell geringeres Bildungsniveau bei den CDU-Wählern hinweisen.<sup>4</sup> Gerade die CDU hat jedoch wenig Probleme, ihre Wähler zu mobilisieren.

Der hohe Anteil an Nichtwählern und Wahlverweigerern bei der SPD-Klientel ist also wohl auf ein SPD-spezifisches Problem zurückzuführen. Es muss ein Vertrauensverlust eingetreten sein, der insbesondere die Beziehung zwischen der SPD und ihren potentiellen Wählern betrifft – vermutlich zunächst schleichend eingetreten, hat er seit den 1990er Jahren unbeachtet zum Verlust der Hälfte der Mitglieder und jetzt zum flächendeckenden Verlust der Wählerstimmen geführt.

### Was für ein Problem?

Über den Vertrauensverlust ist bisher nicht diskutiert worden. Und auch über die Folgen wird eher am Rande gesprochen. Eine der Folgen ist der unfassbare Verlust von einer halben Million Mitgliedern. Sie sind seit der Wiedervereinigung, seit Anfang der 1990er Jahre aus der Partei ausgetreten.

---

<sup>1</sup> Herbert Bruhn ist Psychologie und Musiker und arbeitet in der Lehrerbildung Schleswig-Holstein als Professor für Musik an der Universität. Parteipolitisch ist er in Hamburg im Distrikt Altona-Altstadt aktiv.

<sup>2</sup> Die Zahlen zur Zahl der Wahl-Verweigerer stammen aus der Berichterstattung über das Wahlergebnis in der Frankfurter Rundschau vom Tag nach der Bundestagswahl.

<sup>3</sup> Siehe dazu die Arbeitsmaterialien der Friedrich-Ebert-Stiftung, Band 3: „Soziale Demokratie und Wirtschaft“.

<sup>4</sup> Zum Bildungsniveau von Wählern der unterschiedlichen Parteien s. Website des Bundesamts für Statistik.

---

Auch die finanziellen Folgen des Absturzes der SPD sind bisher wenigen bewusst: Durch die Verringerung der Wahlkampfkostenerstattung wird in den nächsten Jahren ein strenger Sparkurs eingeschlagen werden müssen. Ich habe hier sicher nicht den besten Einblick – ich wüsste aber eigentlich nicht, wo in der Parteiarbeit erkennbar Geld ausgegeben wird außer in den jeweiligen Geschäftsstellen vor Ort. Ich kann mir nicht vorstellen, dass hier Kürzungen vorgenommen werden können, ohne dass die Organisation in sich zusammenfällt.

So ist der Verlust der Regierungsbeteiligung wohl ein eher randständiger Verlust gegenüber den Verlusten, die die Partei als gesellschaftliche Gruppierung in Deutschland jetzt zu verkraften haben wird.

Das eigentliche Problem, nämlich Vertrauensverlust und schlechtes Image der SPD, ist bisher nicht diskutiert worden. Dabei hat jeder, der an Basis auf der Straße im Wahlkampf mitgemacht hat, die Veränderung der Stimmung zu spüren bekommen. Freundliche Missachtung oder eine abfällige Handbewegung: wenig problematisch – Pöbeleien kommen jedes Mal vor.

## Medien

In den letzten Jahren hatte ich mich darauf versteift, konservative Berichterstattung in den Medien als Grund für die Missachtung durch die Wähler zu sehen. Dafür gab es viele Anzeichen und Gründe, die nicht aufgearbeitet worden sind.<sup>5</sup>

Den Vorwurf mangelnder Darstellung in den Medien habe ich in Anbetracht der vergangenen Bundestagswahl nicht aufrechterhalten. Die SPD ist tatsächlich ausführlich und gut dargestellt worden, und zwar sowohl in Süddeutschland (überwiegend Süddeutscher Verlag) als auch in Norddeutschland (überwiegend Springer-Verlag).

Hinzu kommt die positiven Effekte der Neugestaltung der Frankfurter Rundschau und die differenzierte Berichterstattung im Tagesspiegel, sowie die Öffnung der ZEIT nach dem Wechsel von der Gründergeneration der Wochenzeitung hin zu Giovanni di Lorenzo. Insbesondere die ZEIT hat sich in den letzten Jahren zu einem Medium entwickelt, das politisch links angesiedelt werden muss, weil aggressiv berichtet wird und die politischen Vertreter von Wirtschaft, Wissenschaft und Bildung kundig kritisiert werden.

## Kurzer Wahlkampf trotz hoher Präsenz der Partei in der Öffentlichkeit

Besonders stark hätte die SPD davon profitieren können, dass alle anderen Parteien sich bequem auf einen sehr kurzen Wahlkampf verständigt hatten. Möglicherweise dadurch hat die SPD so viel Platz in den Medien erhalten: Allein im Abendblatt war Olaf Scholz dreimal mit ganzseitigen Interviews bedacht worden. Und auch in der Öffentlichkeit waren wir gut vertreten: Der Distrikt Altona-Altstadt war von Mai bis September jede Woche mindestens an einem Ort mit einem Infostand vertreten.

Auch die befürchteten Schmutzkampagnen<sup>6</sup> sind ausgeblieben: So kann ich als einzige Negativkampagne gegen die SPD den Spanienurlaub von Ulla Schmidt erkennen. Wie in den letzten Jahren üblich, hat die SPD diesen Aufmerksamkeitsfokus nicht genutzt: Anstatt die Publizität zu nutzen, um auf die Erfolge in der Gesundheitspolitik und Sozialpolitik hinzuweisen oder eine

---

<sup>5</sup> So war bei den Wahlen zur Bürgerschaft in Hamburg seit 2001 erkennbar, dass die Pressearbeit der anderen Parteien deutlich spontaner zu Erfolgen in den Medien führte als die unserer Partei.

<sup>6</sup> Bereits in den 1950er Jahren wurde die SPD im Wahlkampf meist verunglimpft (Filmbeiträge über die Verschwenderpartei SPD sowie der Vorwurf an führende Politiker, willenlose Statisten der Sowjetunion zu sein). Die persönlichen Angriffe auf Willi Brandt in den 1970er Jahren habe ich bereits bewusst wahrgenommen – über den Vergleich der SPD mit den NAZIs von Heiner Geißler habe ich mich geärgert. Auch die von einstweiligen Verfügungen begleiteten Wahlkämpfe von Rainer Barzel, Alfred Dregger und Barschel sind mir in guter Erinnerung. Der Wahlkampf von Franz-Josef Strauß mit dem scheinbar informativen Film „Der Macher“ (1980) hat mich allerdings wegen seiner Hilflosigkeit eher amüsiert.

---

Aufklärungskampagne über die Besteuerung von Dienstwagen einzuleiten, wurde eine verdiente Politikerin schlicht „abserviert“.

Erstaunlich, dass sich die Enthaltung der anderen Parteien weder positiv auf das Ergebnis der SPD noch negativ auf das Ergebnis der Konkurrenzparteien ausgewirkt hat.

### **Vertrauensverlust als Folge veränderter Verhaltensweisen**

Ich vertrete in den folgenden Ausführungen die These, dass eine Veränderung im Verhalten zum Vertrauensverlust für die SPD geführt hat. Damit meine ich nicht die vielerorts beklagte „Politikverdrossenheit“ – denn ich sehe die Menschen hier in Hamburg sehr politisch agieren: Seit 1999 hat es in Hamburg 76 Bürgerbegehren gegeben, eine Dokumentation verzweifelter Gegenwehr von politisierten Menschen, die mit den über sie gefällten Entscheidungen nicht einverstanden sind. Warum haben sie kein Vertrauen mehr, dass sie gemeinsam mit der SPD etwas erreichen können?

Ich fasse meine Ausführungen unter den folgenden Überschriften zusammen:

- I. Entscheidungsfindung ohne Wissensgrundlage
- II. SPD als Opposition der SPD
- III. Die SPD als Partei der Mitte

## **I. Entscheidungsfindung ohne Wissensgrundlage**

### **Stammtisch statt Infotisch**

Ein zentrales Problem sehe ich darin, dass sich die politische Meinung von den realen Informationen abzukoppeln scheint. Die Meinung der Wähler ist stabil und mit vielen Einzelbegründungen versehen. Die Wähler diskutieren alle Aspekte der Politik und des Wahlkampfes, haben eine ausgeprägte eigene Meinung und führen Gründe dafür an. Diese Gründe sind aber oft falsch. Sie sind entweder veraltet (z. B.: „Die FDP ist eine liberale Partei und liegt in der politischen Mitte“) oder objektiv falsch („Um soziale Gerechtigkeit kümmert sich die SPD ja schon lange nicht mehr“).

Diese Einstellungen entstehen in kleinen Meinungsgruppen, die man früher mal als Stammtische identifizieren konnte. Stammtischmeinungen sind gut abgesichert, weil sie innerhalb einer homogenen Meinungsgruppe akzeptiert und immer wieder bestätigt werden. Man ist sich einig, verwendet dieselben Argumente und bestätigt sich in diesen Argumenten gegenseitig.

Eine Falsifizierung solcher Aussagen ist praktisch unmöglich, selbst wenn diese Argumente objektiv falsch sind: Die Teilnehmer kleiner Meinungsgruppen bestätigen sich gegenseitig in ihren Meinungen. Je kleiner so ein Bestätigungszirkel ist, desto schwerer fällt es, hier mit einer anders gerichteten Meinung Eingang zu finden.

*Subjektive Weltsicht ersetzt den Informations-Input.*

### **Agenda 2010 und Sozialpolitik**

Schon unter Gerhard Schröder war das Phänomen der subjektiven Weltsicht zu erkennen. Im Jahr 2003 wurde während des Wahlkampfes eine pdf-Datei über E-Mail verteilt, in dem alle Gesetze aufgelistet und beschrieben waren, die in der kurzen Regierungszeit von der SPD und den Grünen verabschiedet werden konnten. Diese zugegebenermaßen trockene Darstellung ist bis heute von den wenigsten Mitgliedern gelesen worden. Diese Broschüre enthält keine Wahlkampforderungen, sondern zählt einfach die geleistete Arbeit, objektive Erfolge auf.

Die besonders beeindruckenden Maßnahmen waren

---

- das Investitionspaket zur Förderung der Ganztagschule,
- der Ausstieg aus der Atomenergie und
- die Novellierung des Sozialgesetzbuch IX.

Allein die Novellierung der Sozialgesetze, die zusammen mit dem Antidiskriminierungsgesetz als konzeptionell neue Ausgestaltung des Behindertenrechts angesehen werden muss, ist ein Meilenstein in der Geschichte der Sozialdemokratie. Zur Kenntnis genommen und diskutiert wurde aber nur die Agenda 2010, eindeutig nur ein kleiner Teil der Gesetze aus einer Regierungszeit, die mit Problemen aus der Zeit von Helmut Kohl zu kämpfen hatte. Der Kanzler der Einheit hat ein schier unlösbares Rentenproblem hinterlassen, genau den Schuldenberg aufgehäuft, der Anfang der 1990er Jahre Oskar Lafontaine vorhergesagt wurde und als Panikmache abgetan wurde. Und der Kanzler hat im Verein mit seiner Partei und den Arbeitgebern dafür gesorgt, dass die Arbeitnehmer über 10 Jahre reale Einkommensverluste auf Grund von Währungsverfall und schlechten Tarifverträgen ertragen mussten.

Außerdem scheint erwiesen zu sein, dass die Agenda 2010 überhaupt die Grundlage dafür geschaffen hat, dass Deutschland die Weltwirtschaftskrise bisher besser als alle anderen Staaten der Welt bewältigt hat.

### **Schlecht informiert trotz modernster Medienvielfalt**

Diese Interpretation der Regierungszeit Gerhard Schröders ist nicht geläufig. Im Gegenteil scheint ein Zirkel der wechselseitigen Bestätigung in der Abqualifizierung der Schröder-Zeit zu Selbstverständnis eines Sozialdemokraten zu gehören. Diese Meinung ist ursprünglich individuell und subjektiv geprägt und entspricht nicht den Tatsachen. Kollektiv wird diese Einstellung immer wieder bestätigt – nach einem für mich nicht durchschaubaren System.

Es scheint mir, als habe man sich früher mehr über Politik auseinandergesetzt. Heute fehlen dazu die Gelegenheiten. Erstaunlich, mit welcher Sicherheit die Bürger und Bürgerinnen unseres Landes sich abfällig über die SPD äußern und danach sofort das Gespräch abbrechen. So als ob man befürchte, etwas Positives hören zu müssen.

Das Internet spielt hier eine wichtige Rolle. Insbesondere die jüngeren Bürger und Bürgerinnen nehmen an den Internetforen wie studiVZ, facebook, Xing oder Stayfriends intensiver teil, als man allgemein denken sollte, denn die virtuellen Plattformen spielen für die Organisation des privaten Lebens eine große Rolle: Die Verwendung von virtuellen Medien schmälert dabei nicht das Bedürfnis nach direktem Kontakt wie gemeinsame Gaststättenbesuche oder andere private Treffen.<sup>7</sup> Dennoch bleibt die Information über politische Ereignisse, Erfolge oder Erkenntnisse seltsam virtuell: nicht real.

Eine inhaltliche Analyse der meist offenen Kommunikation in den Foren steht aus – es lässt sich aber schon auf den ersten Blick eine eher unpolitische Einstellung erkennen. Oder aber es läuft im Internet eine Form des Meinungsaustauschs ab, der ohne nennenswerten objektiven Input, ohne reale politische Information auskommt, emotional geführt wird und abwertet.

*Politik wird nicht beurteilt, sondern emotional abqualifiziert.*

### **Bauchgefühl**

Es ist möglich, dass die Grundlage für eine subjektive Weltsicht gelegt wird, wenn schlaglichtartig Informationen aufgenommen werden, schnell einer emotionalen Bewertung unterworfen

---

<sup>7</sup> Der Autor führte dazu in seinen Methodenseminaren an der Universität Flensburg kleine, nicht repräsentative empirische Studien durch.

---

werden und intuitiv in ein generelles Lebensgefühl integriert werden. Konkret sähe das so aus: Man hat schon seit mehreren Jahren ein unangenehmes Gefühl beim Wort SPD, weil der Hausarzt die Praxisgebühr auf die Gesundheitsreform der SPD zurückgeführt hatte und der Discoun-ter den Nebenjob gekündigt hatte, als mit Einführung des 400 Euro-Gesetzes plötzlich Sozialabgaben fällig wurden („Sie können sich ja bei der SPD bedanken, dass Sie keinen Job mehr haben, aber wir können uns das nicht mehr leisten“).

Aus dem Bauch heraus werden die schnellsten Entscheidungen getroffen, die sich im täglichen Leben oft besser bewähren als lange überlegte Entscheidungen.<sup>8</sup> Die schnelle Bewertung erfolgt auf der Basis von allen Informationen, die dem Menschen auf Grund seiner bisherigen Leben- und Lerngeschichte zur Verfügung steht. Vor allem unreflektierte Lebenserfahrungen, die sich im Verlauf des Lebens als erfolgreich erwiesen haben, werden emotional besetzt gespeichert und stehen wie automatisierte Algorithmen zur Verfügung, wenn schnell, aus dem Bauch heraus Entscheidungen zu treffen sind.

Dieses Bauchgefühl ist bezogen auf die SPD sehr negativ, ohne dass die Betroffenen tatsächlich Gründe dafür nennen können.

Ebenso unerklärlich ist das eher positive Gefühl, dass zur FDP oder zu den Grünen gehört: Die liberale Grundeinstellung der FDP hat zu einer kontinuierlichen Verschlechterung der Arbeitsbedingungen geführt – ganz besonders durch die Öffnung des Ladenschlusszeiten. Ohne das fortgesetzte Eingreifen der FDP wäre es nicht zu einer Änderung dieses Gesetzes gekommen.<sup>9</sup> Es handelt sich hier um eine Stellungnahme der Partei für die Verbrauchergroßmärkte.<sup>10</sup> Ebenso ist die schnelle Absenkung der Mehrwertsteuer für Hotel- Hotel- und Gastgewerbebetriebe Ebenso

Auch die Grünen sind es (zumindest in Hamburg) nicht mehr wert, als Partei des Umweltschutzes angesehen zu werden. Ein positives Bauchgefühl verfliegt schnell, wenn man an das Kohlekraftwerk in Moorwerder, die verfehlte Schulpolitik denkt oder sich vor Augen ruft, wie viele Bäume demnächst an der Holstenstraße gefällt werden, damit ein Energiekonzern möglich kostengünstig Leitungen verlegen kann.

## II. Die SPD als Opposition der SPD

### Gerhard Schröder als Sündenbock

Auf die Regierungszeit von Gerhard Schröder kann die weit verbreitete Abneigung gegen die SPD nicht generell zurückgeführt werden. Erstens hatte die SPD bei Amtsantritt bereits einen erheblichen Teil der Mitglieder verloren. Außerdem waren die damals getroffenen Entscheidungen viel zu komplex, als dass daraus eine breite Ablehnung hätte entstehen können.<sup>11</sup>

Wer aus der Durchschnittsbevölkerung wäre denn in der Lage gewesen, das Unpopuläre an einer der folgenden Maßnahmen zu erklären:

- W-Besoldung an der Universität oder TVL der Länder
- Juniorprofessuren anstelle von Mittelbaustellen

---

<sup>8</sup> Vgl. Spendenaufkommen und den Spiegel vom 18. Januar 2010.

<sup>9</sup> Im Dezember veröffentlichte das Forschungsinstitut der Gewerkschaft, dass nur noch 38 % der Familien gemeinsam das Wochenende erleben können. Im Gegensatz dazu 50 % der Familien in den 1970er Jahren (damaliger Werbespruch der Gewerkschaften: „Samstags gehört Papi mir!“).

<sup>10</sup> Verbrauchergroßmärkte: Sicher ist es abwegig zu denken, die Partei hätte unter dem Druck der Metro gestanden, die damals als Großspender gelistet war.

<sup>11</sup> SPD (2005). Was wir bisher geleistet haben. Sieben Jahre Rot-Grün ? eine Zwischenbilanz (über den Autor zu erhalten).

---

- Bachelor und Master als neue Abschlussprüfungen
- Einführung des 400 € Gesetz
- Eingriffe des Bundes in die Bildungspolitik der Länder
- Kontrollen im Bezug des Arbeitslosengeldes

Die politischen Entscheidungen waren zwar für manche unbequem, aber das kann nicht der Grund gewesen sein, eine generalisierte Abneigung gegenüber der SPD entstehen zu lassen. Woher nehmen Jugendliche und Erwachsene die Sicherheit für eine eigene Meinung, ohne dass ein Wissensfundament dafür existiert?

### **Mediennutzung und Bauchgefühl**

Es erscheint unklar: „Ich weiß schon Bescheid! Ich habe zwar keine Tageszeitung abonniert, aber kaufe immer wieder eine. Ich schau aber im Fernsehen immer wieder in Nachrichtensendungen, manchmal sogar in die Tagesthemen.“

Diese Einzeläußerung einer Angestellten mit Abitur weist auf darauf hin, dass man sich informiert fühlt. Die Wähler und Nicht-Wähler haben tief im Inneren die Gewissheit, eine Meinung zu vertreten, die richtig ist: Bauchgefühl als Grundlage für Entscheidungen.

Tatsächlich gibt es Hinweise dafür, dass Entscheidungen aus dem Bauch heraus statistisch gesehen zu richtigeren Entscheidungen zu führen, als das Nachdenken über Argumente: Je zahlreicher die Argumente sind, die bei einer wichtigen Entscheidung berücksichtigt werden, desto höher wird statistisch gesehen die Wahrscheinlichkeit, eine falsche Entscheidung zu treffen.

Jedes zusätzliche Argument erhöht die Wahrscheinlichkeit, eine falsche Entscheidung zu treffen, da jede Entscheidung einen zufallsabhängigen Fehleranteil beinhaltet. Dieser Zufallsfehler summiert sich.

*Die Anzahl von Argumenten erhöht keineswegs Validität und Objektivität von Entscheidungen.*

Bauchentscheidungen sind schnelle Entscheidung im sozialen Kontext, in die das implizite Wissen jedes Menschen einfließt. Unter implizitem Wissen wird Wissen verstanden, das in Handlungen erworben wird und ohne Zuwendung von Aufmerksamkeit zur Verfügung steht. Bauchentscheidungen entstehen aus Bauchgefühl.<sup>12</sup>

Bei einem großen Teil der Nichtwähler scheint sich im täglichen Umgang mit dem Leben das Bauchgefühl stabilisiert zu haben, dass man die SPD nicht mehr wählen kann. Dieses Gefühl beinhaltet vor allem emotionale Schattierungen, nämlich ?

- das Gefühl, allein gelassen worden zu sein;
- das Gefühl, machtlos/ohnmächtig zu sein und
- das Gefühl, generell übervorteilt zu werden.

Warum sich das insbesondere für die SPD auswirkt? Weil es die Wähler und Sympathisanten der SPD tatsächlich auch mehr trifft, was in unserem Sozialstaat passiert.

Die Komplexität von Gesetzesmaßnahmen überschreitet die Vorstellungskraft und das intellektuelle Vermögen vieler Bürger. Die Lösungen für problematische politische Situationen werden von den Bürgern und Bürgerinnen in ihrer Komplexität nicht verstanden. Deshalb ist es nur logisch, dass die Wähler sich zu den bekannten Äußerungen am Wahlkampftisch verleiten lassen:

---

<sup>12</sup> Gerd Gigerenzer (2008). Bauchentscheidungen. München: Goldmann (2. Auflage).

*Die machen ja doch, was sie wollen.  
Die sind ja alle bestechlich.  
Um uns kümmert sich ohnehin keiner*

### III. Die SPD als Partei der Mitte

#### Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit

Die SPD ist die Partei des Humanismus und der Freiheitsideale aus dem 18. und 19. Jahrhundert. Sie ist in der Zeit nach der Französischen Revolution aus Arbeitervereinen und Bürgerbewegungen entstanden, die entweder von der Massenverelendung direkt betroffen waren oder aber in nächster Nähe mit ansehen mussten.

In vielen Teilen Europas wurde nach 1815 Druck auf die Nachrichtenmedien ausgeübt und eine strenge Zensur durchgeführt. In dieser Zeit entwickelte sich eine bildungsorientierte Gegenbewegung, deren Ziel die französischen Revolutionsideale waren. Oder, in unsere Zeit übersetzt: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität.

Diesen Idealen folgten die Arbeiterverein, Bildungsvereine, Männerchöre, Volkshochschulbewegungen. Und in ganz besonderem Maß öffnete die in dieser Zeit eingeführte allgemeine Schulpflicht den Blick für die sozialen Probleme der Zeit. Direkte Folge waren die Aufstände in Deutschland in den Jahren 1848 und 1849. Die Aufstände führten zu den ersten Wahlen für ein Deutsches Parlament, bekannt geworden unter dem Namen des Tagungsortes, der Paulskirche in Frankfurt am Main.

Die Revolution 1948/49 war eine direkte Folge der Bildungsbestrebungen, die sich gegen Willkür in der Rechtsprechung, gegen die Zensur und gegen die ungerecht verteilten Aufstiegschancen wehrten. Hinter der Bewegung standen namhafte Persönlichkeiten wie Joseph von Eichendorff, Heinrich Heine, Ludwig van Beethoven – später Robert Schumann und Richard Wagner.<sup>13</sup>

Das erste deutsche Parlament begann mit dem Entwurf einer Verfassung und setzte zumindest für eine kurze Zeit freiheitliche Rechte in Deutschland um. Dies ermöglichte 15 Jahre später die Gründung der SPD. Weitere 15 Jahre später wurde die Arbeit schon wieder durch die Sozialistengesetze von Bismarck (1878) behindert.

#### Erfolge

Trotz der politischen Verfolgung, der strikten Pressezensur, und des Verbot bzw. der konsequenten Behinderung von Veranstaltungen hat die SPD in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhundert große Erfolge erringen können: allem voran die soziale Absicherung der einfachen Bürger und Bürgerinnen mit Krankenversicherung, Rentenversicherung, Sozialhilfe und Arbeitslosengeld. Historiker sind sich einig in der Einschätzung, dass diese sozialen Errungenschaften vom Reichsgründer und Kanzler Bismarck eingeführt wurden, weil er die Bedeutung der sozialdemokratischen Bewegung richtig einschätzte: Die Partei war (im heutigen Sinne) links ? sie kümmerte sich um die Basis der Bevölkerung und nicht um die bürgerliche Mitte, weil es den Bürgerlichen im Verhältnis relativ gut ging.

---

<sup>13</sup> Robert Schumann wurde ab 1849 in Sachsen als Dirigent nicht mehr beschäftigt, nachdem er auf den Barrikaden eine vaterländische Hymne angestimmt hatte. Richard Wagner floh 1848 aus Dresden: Er hat bei den Unruhen 1848 ein Gedicht öffentlich vorgetragen und wurde öffentlich per Steckbrief gesucht. Der Haftbefehl wurde erst 1871 außer Kraft gesetzt.

Die Arbeiterbewegung war damals sehr an Bildung interessiert. Man war sich bewusst, dass man mit Bildung Einfluss gewinnen konnte: Wissen ist Macht. Die einfachen Menschen wurden sich im 19. Jahrhundert ihrer Lage bewusst und sie waren entschlossen, etwas daran zu ändern.

### **Karl Marx und die SPD**

Manchmal wird es so dargestellt, als ob man den Ursprung der SPD in den Lehren von Karl Marx finden würde. Sicher spielt Marx eine große Rolle bei der Suche der Arbeiterschaft nach Identität und Position in der Gesellschaft. Als Wirtschaftsideologie hat der Marxismus heute wie vor 150 Jahren große Bedeutung. Für die Identität der SPD ist der Marxismus jedoch nicht mehr maßgeblich wichtig.

Wir sollten dies deutlich machen: Damals wie heute hat Karl Marx Recht, wenn er die Verteilung des Mehrwerts, des von Unternehmern und Arbeitern erwirtschafteten Geldes anmahnt. Dennoch sollte man vermeiden, die politischen Grundlagen der SPD allzu eng mit der Wirtschaftstheorie zu verknüpfen. Die SPD ist in erster Linie aus dem Humanismus der Zeit um 1800 entstanden und immer noch eng damit verbunden. Die Verbindung mit dem Sozialismus ist aus der humanistische Grundeinstellung heraus entstanden und somit sekundär.

### **Die Angst vor dem Sozialismus**

Schaut man in die Politik, die 100 Jahre nach der Gründung der SPD gemacht wird, so stellt man eine zunehmende Angst vor dem Sozialismus fest. Der Begriff wird zunehmend diffamiert, ebenso wie „links“ zum Synonym für Unrecht, Bspitzelung, wirtschaftliche Untüchtigkeit und Verschlagenheit geworden ist. Und mit jedem Angriff distanzieren sich wieder mehr Mitglieder vom eigentlichen Ziel der Sozialdemokratie.

Wolf Biermann griff 1999 in die selbstzerstörerische Diskussion ein: Er kritisierte die Suche nach neuen Begriffen für die Einstellung und Arbeit der Sozialdemokratie und meinte ironisch. „Sollen doch Lafontaine & Co den toten Hund demokratischer Sozialismus durch Mund-zu-Mund-Beatmung ablecken.“<sup>14</sup>

### **Ideologiefreiheit**

Wolf Biermann kritisiert sowohl eine verkrampfte Orientierung an sozialistischen Idealen, wie er sich auch gegen den „nebulösen Weg der Mitte“ wendet, den die SPD eingeschlagen habe. Eine „Ideologie der Ideologiefreiheit“, die zu nichts führen könne.<sup>15</sup>

Der Beitrag von Wolf Biermann erschien bereits mehr als ein Jahr vor dem Verlust der Regierungsbeteiligung. Es schien eine Zeitlang so, als wäre man in der SPD immer wieder besonders froh, wenn ein aktives, sozial engagiertes Mitglied die Partei verlässt.<sup>16</sup> Außerdem hörte man immer wieder, es gäbe keine linke oder rechte Politik, sondern nur gute oder schlechte Politik (von insbesondere von den bundesweit bekannten Spitzenpolitikern).

Eine Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung bestätigte jedoch, dass die Parteienlandschaft von den Wählern eindeutig nach dem Hauptkriterium rechts-links eingeschätzt wird.<sup>17</sup> Dennoch bestand

---

<sup>14</sup> „Comeback eines toten Hundes“ Wolf Biermann über die Wiederbelebung des Begriffs ?Demokratischer Sozialismus? durch Kurt Beck. Im Spiegel, Heft Nr. 45 (2007), Seiten 190 und 191.

<sup>15</sup> Ausgabe der TAZ vom 28. August 2008: „Rechts und Links lebt.“

<sup>16</sup> Ebenda S. 48

<sup>17</sup> Müller-Hilmer, R. (2008). Sortiert sich das Wahlvolk links? Neue Gesellschaft - Frankfurter Hefte, 55 (4), 35-39. Auch dazu Ergebnisse aus den Methodenseminaren an der Uni Flensburg.



die Neigung in der SPD, sich der Kritik konservativer Politikvertreter zu beugen, die Politik der Mitte zu suchen und jeden Anschein zu vermeiden, „sozialistisch“ oder „links“ zu sein.<sup>18</sup>

### **Freiheit oder Sozialismus**

Besonders schlimm war es, die Auseinandersetzung über den CDU-Slogan „Freiheit oder Sozialismus“ ängstlich zu vermeiden. Dabei wäre es so einfach gewesen, auf die Entstehungszeit des Sozialismus zu verweisen: Basis der Sozialdemokratie ist der Humanismus des 18. und 19. Jahrhunderts, wie er sich in den Schriften von Philosophen, Dichtern und Politikern dokumentieren lässt. Der Sozialismus ist der ursprüngliche Vorkämpfer für die Freiheit gewesen.

Freiheit und Sozialismus gehen Hand in Hand - denn gerade in der sozialistischen Gesellschaft weiß jeder Mensch, welche Verantwortung er für das Gemeinwohl trägt. Diesen Menschen muss niemand zwingen, für Freiheit zu kämpfen. Genau deshalb sind Kämpfer für die Freiheit immer davon bedroht, ihrer Freiheit beraubt zu werden. Freiheit und Sozialismus sind eine Einheit.

Es hat jedoch niemand begriffen, dass es die Traumideologie jedes Sozialdemokraten, die gerechte Welt und den real existierenden Sozialismus, noch nie gegeben hat. Der Weg dahin führt über eine soziale Demokratie, deren Mitglieder Verantwortung übernehmen. Dies gelingt in unserer real existierenden Demokratie leider nicht immer:

- Ein sozialdemokratischer Arbeitsminister wusste zum Beispiel, dass die Grundlage für menschliches Zusammensein durch Löhne geschaffen wird, von denen Menschen ihr Leben führen können. Ein großer deutscher Zeitungsverleger weiß dies nicht.
- Ein demokratisch gewählter Bürgermeister müsste wissen, dass er Bürgerbefragungen nicht missachten darf. Eine ehemals ökologische und basisdemokratische Partei müsste dies auch wissen. Sie handeln aber nicht danach.
- Ein Ministerpräsident (auch wenn er mit Gelder unklarer Herkunft seinen Wahlkampf geführt hat) müsste wissen, dass er in einer Demokratie dem Chefredakteur eines wichtigen Medienanbieters nicht den Mund verbieten darf.

Gerade diejenigen, die den Wahlkampfslogan „Freiheit oder Sozialismus“ immer wieder verwenden, zeigen durch ihr Verhalten z. B. als Regierungschefs in Hamburg und Hessen, dass sie einen anderen Freiheitsbegriff vertreten als die allgemeine Bevölkerung. Es geht ihnen um ihre eigene Freiheit, Baumentscheidungen, Entscheidungen über Schulsysteme und soziale Sparmaßnahmen zu treffen. Nicht um die Freiheit im Sinne der französischen Revolution.

Für diese Regierungschefs wäre die Freiheit durch sozialistisches Denken tatsächlich gefährdet. Aber was ist das für eine Vorstellung von Freiheit? Um wessen Freiheit geht es denn bei den heutigen Sozialisten, den Sozialdemokraten in der SPD?

### **Real existierender Sozialismus**

Nur scheinbar war das 20. Jahrhundert vom real existierenden Sozialismus bestimmt. In Wahrheit war das, was unter dem Begriff Kommunismus und Sozialismus geschah, Teil einer Welle von Despotismus und Antidemokratie, die von 1900 an bis heute andauert. Es begann in Russland (Lenin), wurde in Portugal (Carmona, Salazar), Polen (Pilsudski), Spanien (Primo de Rivera, dann Franco), Italien (Mussolini) und Frankreich (Pétain) fortgesetzt und fand den Höhepunkt in Deutschland (Hitler) und der Sowjetunion (Stalin).

Das Ende des 2. Weltkriegs bewirkte die Rückkehr des einen oder anderen Staates zur Demokratie. Wenig bedacht wird, dass Spanien, Portugal, Griechenland und Jugoslawien viel später

---

<sup>18</sup> Hierzu hat der Autor einen Absatz an den Schluss des Beitrags gesetzt, der aus dem Wahlergebnis von Olaf Scholz notwendig wird.

---

zu demokratisch gewählten Regierungen gelangt sind. Viele der ehemaligen Sowjetrepubliken sind jetzt 20 Jahre nach der Wende immer noch weit entfernt von Demokratie.

Und das Land, mit dem Deutschland aufgrund der Migration am engsten verbunden ist, nämlich die Türkei, ist immer noch von den Militärs bestimmt.

Von den Staaten, die sich im 20. Jahrhundert vom Freiheitsbegriff des Bürgers verabschiedet hatten, sind nur wenige tatsächlich von einer sozialistischen Idee inspiriert gewesen. Die meisten waren ausschließlich undemokratische und gleichzeitig unsoziale Diktaturen, in denen das Militär die wichtigste Rolle spielte.

### **Freiheit oder Kapitalismus**

Vielleicht sollten wir von der SPD einmal deutlicher darstellen, wer denn Angst vor dem Sozialismus hat - Angst vor einem Sozialismus, der Freiheiten raubt. Widerstand gegen soziale und sozialistische Ideale ist immer aus dem Unwillen heraus entstanden, abgeben zu müssen. Für den Großteil der Menschen ist die Angst vor dem Sozialismus weniger begründet, denn sie haben gar nichts abzugeben.

## **IV. Olaf Scholz**

Mit großer Bewunderung hat der Autor in den letzten zehn Jahren den Weg von Olaf Scholz verfolgen können. In öffentlichen Veranstaltungen ebenso wie im persönlichen Gespräch konnte der Autor sich davon überzeugen, dass Olaf Scholz in jedem Amt für seine Arbeit angegriffen wurde – als Generalsekretär der Partei, als enger Vertrauter von Gerhard Schröder, als Fraktionsgeschäftsführer, als Arbeitsminister und als Landesvorsitzender der SPD in Hamburg.

Damals wie heute ist seine Parole: „Wahlen werden in der Mitte gewonnen.“ Meine Erwiderung darauf war: „Ja, aber mit linken Themen.“ Heute nach der Bürgerschaftswahl von 2011 ist mir klar, dass ich im Unrecht bin. Die Wahl führte zu einem überwältigenden Anstieg der Stimmen für die SPD. Gleichzeitig sank die Wahlbeteiligung erneut – und gerade in den sozial problematischeren Bezirken der Stadt. Den eigenen Bezirk hat der Autor als zunehmend aktiv empfunden. Mit hohem Zeiteinsatz fanden vor jeder Wahl Veranstaltungen statt, um dem Bürger nahe zu sein. Dies ist auch gelungen, wie die Reaktion der Bevölkerung bei der Abstimmung pro oder contra Ikea zeigte: Man war zufrieden mit der Bezirksarbeit – man mochte sich den SPD-Politikern vor Ort anvertrauen.

Dennoch ist die Wahlbeteiligung gerade in diesem Distrikt erneut gesunken – die SPD liegt zum Teil hinter den anderen Parteien der linken Szene.

Das heißt, dass Olaf Scholz tatsächlich von der Mitte aus Othmarschen, Klein Flottbek und Nienstedten gewählt wurde. Das kann nun damit zusammenhängen, dass er in Gesprächen grundsätzlich hohe Sachkompetenz beweist. Dies ist wesentlich, da die meisten Politiker (Bundstagsabgeordnete, Landtagsabgeordnete, Minister oder Ministerinnen) gerade im persönlichen Auftreten deutliche und zum Teil erschütternde Defizite erkennen lassen.

Dies ist aber von wesentlicher Bedeutung für das weitere Verhalten in der Partei: Wenn die betroffenen Leidtragenden der derzeitigen Wirtschaftslage und Führungsmentalität sich aus der Politik heraushalten, muss die Mittelschicht der Bevölkerung erkennen, dass sie die Verantwortung für die ursprüngliche Klientel der SPD übertragen bekommt.

Vielleicht hat der Wahlerfolg von Olaf Scholz auch damit etwas zu tun.

Herbert Bruhn  
Schmarjestraße 6  
22767 Hamburg

---